

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

20.11.1919 (No. 272)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 952, 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. K. M. e. n. b.  
Druck  
und Verlag:  
C. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 B; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgebühren 5 A 90 B. — Einzelnummer 15 B. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 35 B zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Eisenbahner kündigen den Tarifvertrag.

Der badische Eisenbahnerverband hat mit Schreiben vom 14. Nov. 1919 den Tarifvertrag mit der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen auf 29. Februar 1920 gekündigt.

#### Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel

Das Arbeitsministerium weist zur Vermeidung von Zweifeln in einem Erlaß an die Bezirksämter darauf hin, daß zur Entscheidung über die Frage, ob eine in Wohnungsangelegenheiten getroffene Maßnahme der Gemeindebehörden (Wohnungsämter) im Wege des polizeilichen Zwangs durchzuführen sei, lediglich die zuständigen Polizeibehörden, in erster Reihe also die Bürgermeisterämter und — in Städten mit städtischer Verwaltung der Ortspolizei — die Bezirksämter berufen sind.

Die Polizeibehörden sind indes angewiesen, bei der Prüfung dieser Frage davon auszugehen, daß in der Regel ein dringendes öffentliches Interesse an sofortiger Vollstreckung der fraglichen Maßnahmen besteht, wird und den Anträgen der Gemeindebehörden daher — von besonderen Ausnahmefällen abgesehen — grundsätzlich und mit aller Beschleunigung entsprechen werden muß, sofern überhaupt die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anwendung polizeilichen Zwangs gegeben sind.

Des weiteren macht das Arbeitsministerium darauf aufmerksam, daß etwaige Beschwerden über das Verhalten oder die Maßnahmen der Gemeindebehörden (Wohnungsämter) in Wohnungsangelegenheiten, soweit nicht die Einigungsämter zur Entscheidung berufen sind, — also namentlich z. B. Beschwerden Wohnungsuchender über mangelndes Entgegenkommen der Wohnungsämter bei Zuweisung von Wohnungen und dergl. — nicht beim Ministerium, sondern bei den Bezirksämtern anzubringen sind, welche als Aufsichtsbehörden der Gemeindebehörden nach § 29 der Verfahrensordnung über solche Beschwerden zu entscheiden und soweit erforderlich, entsprechende Anordnungen zu treffen haben. Erst gegen die Entscheidungen der Bezirksämter ist die Anrufung des Arbeitsministeriums zulässig.

#### Postverkehr mit dem Rehler Brückengebiet.

Die bisherigen Bestimmungen im Postverkehr mit dem von den Franzosen besetzten Brückengebiet von Rehl sind im wesentlichen aufgehoben worden. Dieser Verkehr (einschl. des Post-, Geld- und Zeitungswesens) unterliegt jetzt, abgesehen von nachstehenden Ausnahmen, den Bestimmungen für den allgemeinen deutschen Verkehr:

1. In das Brückengebiet dürfen solche Zeitungen, Zeitschriften, Proschüren und Bücher, die dort ausdrücklich verboten sind oder noch verboten werden, nicht eingeführt werden. Zunächst haben alle Zeitungen u. w., deren Einfuhr in die Rheinpfalz untersagt ist, auch für das Brückengebiet von Rehl als verboten zu gelten. Von jeder Nummer der in das Brückengebiet von Rehl eingeführten Zeitungen, Zeitschriften und Proschüren haben die Verleger ein Stück an den Brückenpostkommandanten in Rehl einzusenden.
2. Pakete nach dem Brückengebiet dürfen nicht enthalten: Briefe oder sonstige schriftliche Mitteilungen, Zeitungen, Waffen, Munition und Explosivstoffe. Die Gegenstände, deren Ausfuhr aus dem Brückengebiet verboten ist, gibt das Brückenpostkommando bekannt.
3. Für den Postverkehr mit dem Brückengebiet sind nur folgende Sprachen zugelassen: Deutsch (Mundarten ausgenommen), Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch.
4. Die Briefe müssen die volle leserliche Adresse des Adressats tragen.
5. Der Postverkehr mit dem Brückengebiet unterliegt einseitigen noch der französischen Zensur.

#### Der Handel mit Tabakwaren.

In neuester Zeit haben sich vielfach Personen, die früher nicht mit Tabakwaren gehandelt haben, zwischen die bisherigen Händler eingeschoben. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Handel mit Tabakwaren ohne besondere Erlaubnis verboten ist. Die Zuwiderhandelnden haben Bestrafung zu gewärtigen.

Der Einzelverkauf von Zigarren und Zigaretten und der Verkauf von unverbundenem Rau- und Schnupftabak ist den Kleinhändlern gestattet, aber nur soweit sie eine zeitlich-örtlich oder sachlich unbeschränkte allgemeine Handels-erlaubnis nachweisen.

#### Das Landeswirtschaftsamt.

Die Sprechstunden des Landeswirtschaftsamts wurden auf die Zeit von 10—12 Uhr täglich festgesetzt.

### \* Was das Ausland dazu sagt!

Wir sind ein unglückliches Volk und vermögen in unserm Unglück nur schwer jene Haltung wiederzufinden, die einzig und allein der Welt imponieren könnte: die Haltung trauernder Würde und entschlossenen Willens zur Umkehr. Man spare sich gefälligst die Bemerkung, daß uns an dem Urteil des Auslandes wenig zu liegen brauche. Eine solche Bemerkung — man kann sie in reaktionären Kreisen oft genug hören — ist unsagbar dumm und unsagbar gefährlich, mag sie auch den wilden Chauvinisten lieblich in die Ohren klingen.

Wir sind ein unglückliches Volk, das heute auf das Urteil des Auslandes mehr denn je angewiesen ist, ein unglückliches Volk, das in seinem Schmerze sich immer wieder fragen muß: Handeltst du auch richtig und überzeugend, handelst du auch so, daß deine Handlungsweise vor der öffentlichen Meinung der Welt bestehen kann. Gewiß, wir werden nur gefunden durch eigene Kraft, durch die eigene Vernunft und durch die eigene Einsicht. Gelingt es uns aber, diese Kraft und diese Besonnenheit aufzubringen, so wird zweifellos auch das öffentliche Gewissen der Welt wieder für uns zu sprechen beginnen.

Es ist eben nicht so, daß wir die reinen Engel wären, die in ihrer unschuldigen Treuerzigkeit vom Ausland nicht verstanden und zum Lohne für alle Geduld mit Drangalierungen bedacht werden; sondern wir müssen uns klar darüber sein, daß es so manche Dinge bei uns gibt, die wahrlich geeignet sind, das Mißtrauen des Auslandes hervorzurufen. Wir wollen der Wahrheit dienen und scheuen uns nicht, dies offen auszusprechen. Sind wir doch überdies der Meinung, daß gerade Offenheit, Besonnenheit das beste moralische Kapital sind, das wir in der öffentlichen Meinung der Welt anlegen können, vielleicht sogar das einzige Kapital, das in der Lage wäre, die Anschauungen des Auslandes über uns zu ändern.

Aber auch dort, wo wir bei sorgfältiger Prüfung und bei schärfster Selbstkritik der Ansicht sind, daß unsere Maßnahmen Vertrauen und Verständnis verdienen, haben wir grundsätzlich die Pflicht, uns dauernd darüber auf dem Laufenden zu halten, wie das Ausland über diese, unsere Maßnahmen denkt. Wir können heute keine Politik treiben, die sich in das Schneefenhäus deutscher Geschehnisse zurückzieht, sondern wir müssen die Nase hinausstrecken und die Augen geöffnet halten, damit wir merken, woher und wohin der Wind weht. Wir sind auf die Beziehungen zum Ausland aus wirtschaftlichen Gründen so sehr angewiesen, daß man sagen könnte: hier liegt der Kardinalpunkt unserer Politik. Pflicht eines jeden Deutschen, der sich heute wirklich ernsthaft mit Politik befaßt, sollte es deshalb sein, ausländische Zeitungen zu lesen, um sich über die Stimmung, die dort herrscht, zu unterrichten. Pflicht der deutschen Presse sollte es sein, die Leser über diese Stimmungen genau zu orientieren und ihnen auch das vorzulegen, was sie in ihrem Optimismus noch immer nicht hören wollen.

Und nun betrachten wir einmal die ausländischen Zeitungen daraufhin, wie sie sich zu den letzten Ereignissen in Berlin äußern! Und zwar wollen wir uns auf die Schweizer Presse beschränken. Was lesen wir da? Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, Äußerungen schärfsten Tadels und schroffster Kritik. Man versteht uns nicht mehr, man kann sich Vorgänge, wie die in Berlin, einfach nicht erklären. Man fragt: Wie ist es möglich, daß die Männer, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben, vor einem Untersuchungsausschuß der gewählten Vertreter des Volkes derartig anmaßend auftreten dürfen? Wie kommt es, daß sich die Reaktion so gebärden darf, als ob sie und ihre Blaghalter in der alten Regierung Deutschland zum ruhmvollen Siege geführt hätten? Wie ist es möglich, daß die Reaktion sich eine Agitation leisten darf, von der sie doch selbst ganz genau weiß, daß sie bei der Entente das schlimmste Mißtrauen in unsere Friedfertigkeit hervorrufen und der Entente immer wieder neue Vorwände zum Einschreiten liefern muß?

Man jagt sich drüben folgendes: entweder ist dieses Volk so schwach u. so energiert, daß es sich auch heute noch einen jeden Fehltritt seiner einstigen Machthaber gefallen läßt; oder aber, das alte System mit seinem Bureaucratismus und Militarismus, all das, was das Ausland „alldeutsche Mentalität“ nennt, steckt dem deutschen Volke doch

noch so in den Gliedern, daß es auch heute noch eine Gefahr für den Völkerverfrieden bildet.

Man stelle sich diesen symbolischen Akt einmal ganz ruhig und nüchtern vor Augen: Hindenburg und Ludendorff betreten den Saal, in dem die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses stattfinden, und — fämlische Anwesenheit erheben sich zu spontaner Ovation von ihren Plätzen. Was soll das Ausland dazu sagen?! Entweder entspringt diese Ovation einem kriegerischen Servilismus, einer Lakaiengefinnung, oder aber sie entspringt dem militärischen Geiste, der in dem Soldaten auch dann noch den Soldaten anbetet, wenn er geschlagen nach Hause kehrt. Wir müssen gestehen: würde die zweite Auffassung zutreffen, so hätten wir vor einem solchen militaristischen Geist sehr wenig Respekt. Ein wirklich militärisch empfindendes Volk, ein spartanisch veranlagtes Volk würde Feldherren, die sich in eine so wahnwitzige Strategie verrennen und sich in so entscheidenden Punkten völlig verrechnet haben, vor ein Kriegsgericht gestellt haben. Die Beweise dafür, daß die Strategie Ludendorffs eine falsche und verkehrte war, daß sie in den entscheidenden Momenten des Juli, August und September 1918 völlig verfaßt hat, dieser Beweis liegt heute bereits klar am Tage.

Wenn es nun dazu kommt, daß der Feldherr, der für dies alles faktisch verantwortlich ist — wir meinen natürlich Ludendorff, der die eigentlich anordnende und befehlende Kraft war —, wenn dieser Feldherr so vor dem Untersuchungsausschuß auftreten darf, wie er dieser Tage wirklich aufgetreten ist, so wird man es begreifen können, daß das Ausland vor einem Rätsel zu stehen meint und vergeblich die Bücher der Geschichte durchblättert, ob es wohl ein Beispiel dafür gibt, daß ein geschlagener Feldherr, der seine Armee und sein Volk ruiniert hat, sich ein paar Monate danach derartig vor seinem Volke aufspielen darf.

Gewiß liegen die Dinge, wenn man sie aus nächster Nähe betrachten kann, nicht ganz so ungeheuerlich, wie sie dem Ausland erscheinen müssen. In einzelnen Blättern findet sich des Rätsels Lösung. In diesen Blättern ist nämlich zu lesen, daß die „beste Gesellschaft Berlins“ der Sitzung des Untersuchungsausschusses, in der Hindenburg und Ludendorff vernommen wurden, beigezogen habe. Und diese Gesellschaft war es, die sich zu jener Ovation erhob. Und da man dem greisen Feldmarschall nicht mehr tun wollte, haben sich wohl auch andere, die von sich sagen dürfen, daß sie dieser sogenannten „besten Gesellschaft“ nicht angehören, von ihren Plätzen erhoben. Wäre Hindenburg alleine gekommen, so könnte man einen derartigen Akt des Respektes vor der ehrlichen und aufrechten Gesinnung dieses Mannes begreifen. Aber neben Hindenburg stand Ludendorff. Und was das bedeutet, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Wir glauben, daß, wenn wirklich die beste Gesellschaft zugegen gewesen wäre, nämlich eine Schar aller jener schlichten Feldgrauen, die ohne viel Ruhm und ohne viel Geschrei in Not und Dread das Vaterland draußen im Schützengraben verteidigt haben, jene Ovation ganz sicherlich unterblieben wäre. Diese Feldgrauen aus dem Volke wußten schon früher rein instinktiv die wirkliche militärische Lage besser zu beurteilen, als das vom Kriegspresseamt belogene Heimatland.

Schon regt sich der Vorgänger Hindenburgs, General von Falkenhayn, um zu beweisen, daß bereits im Jahre 1916 unsere militärische Lage sehr gefährlich gewesen ist. Und warum hat denn die Oberste Heeresleitung nach ihrem eigenen Eingeständnis den U-Bootkrieg überhaupt verlangt? Weil sie zugeben mußte, daß sich eine siegreiche Entscheidung zu Lande nicht erzwingen lasse. Zu allem Überflusse hat Ludendorff selbst bei seiner vorgestrigen Vernehmung erklärt: „das Schlimmste im Winter 1916/17 sei die physische Abspannung der Truppen gewesen; die Lage sei schon so gewesen, daß wir zu Lande auf einen Sieg nicht mehr rechnen konnten.“ Und als nun der unbeschränkte U-Bootkrieg nicht zum Ziele führte, als England nicht nach 5 Monaten auf den Knien lag, vielmehr noch Amerika gegen uns auf den Plan getreten war, wäre da nicht wenigstens der Zeitpunkt gekommen gewesen, um den Ideen der Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 folgend, einen leidlich erträglichen Frieden anzubahnen?

Damals hätten wir über Waffenstillstand und Friedensvertrag noch mit einer immerhin starken Waffe in der Hand verhandeln können. Man hat den Frieden nicht

gewollt, man hat sich weiter auf des Schwertes Spitze verlassen. Und man glaubte in wahnwitziger Verblendung sogar noch an einen Defensiv-Sieg, als bereits unsere Westfront ins Wanken geraten war. Damals im August 1918 hat Ludendorff, wie sich aus den Erinnerungen des Mittmeisters Grafen Hertling ergibt, geäußert: „Fünffmal habe ich während des ganzen Weltkrieges bisher meine Truppen zurücknehmen müssen, um am Ende den Feind doch zu schlagen. Warum sollte mir das nicht auch ein sechstes Mal gelingen?“ Diese Äußerung spricht Bände. Denn selbstverständlich waren die Verhältnisse, unter denen Ludendorff fünfmal seine Truppen erfolgreich zurückgenommen hatte, ganz andere, d. h. hundertmal bessere als im August 1918. Ist es nicht hazard, das ganze Glück auf eine Karte zu setzen, auf eine Karte, die im übrigen noch nicht einmal einen Trumpf darstellt? Wir werden auf die Erinnerungen des Grafen Hertling, des Sohnes des verstorbenen Reichskanzlers, noch zurückkommen müssen, denn auch sie enthalten schwere Anklagen gegen die Oberste Heeresleitung.

## Die zwei Helfferiche.

„Es hand“, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, in Frage, ob Herr Dr. Helfferich vor dem Untersuchungsausschuß als Ankläger oder als Verteidiger des rücksichtslosen Tauchbootkrieges auftreten werde. Er hat endgültig den ihm als Mitglied der deutschnationalen Partei am besten anstehenden Standpunkt des Verteidigers der U-Bootpolitik gewählt. Also den Standpunkt des Herrn Helfferich nach dem 31. Januar 1917; das bedeutet etwa das Gegenteil dessen, was zuvor seine Meinung war. Seine Verteidigungsrede, die er mit einer vom deutschnationalen Vorsitzenden energisch zurückgewiesenen Beleidigung des Ausschusses eröffnet hat, ist noch nicht abgeschlossen. Wir begnügen uns damit, einseitigen einigem von dem anderen, ehemaligen Dr. Helfferich zu erzählen und zwar an Hand des zweiten Bandes seines Kriegsbuches.

Er meint dort: nachdem die D. S. L. sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg entschieden hatte, war „nichts mehr stark genug, dies zu verhindern.“ Er beklagt das tief. Am 28. Dezember reisten die Regierungsvertreter ins Große Hauptquartier: die D. S. L. hatte die sofortige Wiedereinsetzung einer Note über die Öffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges „ohne jede Rücksicht auf irgendwelche Friedenssanktionen verlangt.“ Helfferich erklärt das für falsch und schädlich. „Ich setzte mich auf das Entschiedenste zur Wehr.“ Wir geschlagen mit eigenen Händen den letzten Rest einer Aussicht unserer eigenen und der Wilsonschen Friedenssanktion; wir setzten uns darüber hinaus dem Verdacht aus, daß es uns mit unserem Friedensvorschlag gar nicht ernst gemeint sei und daß wir einen Erfolg des Wilsonschen Schrittes verhindern wollten“ usw. „Der Kanzler stimmte mir bei, und auch Zimmermann schien überzeugt.“ In Belgien bereiteten Hindenburg und Ludendorff den Berliner Herren „einen Empfang, der mit dem Worte „eisig“ noch milde bezeichnet ist.“ Es wurde jedoch ein Aufschub erzielt. Am 8. Januar erfolgte, so schreibt Helfferich, abermals ein Vorstoß der D. S. L. Hindenburg hatte kurz vorher eine neue Denkschrift vorgelegt: die Scheu vor dem Bruch mit Amerika dürfe uns nicht „vor dem Gebrauch der Waffe zurückzuführen, die uns den Sieg verleihe“; in fünf Monaten sei England zum Frieden gezwungen, Ausgiebige Beweisführung des Admiralsstabes. Der Kanzler war stark beeindruckt. Größte Gefahr war im Verzug. Die Sache fiel mir keinen Schlaf. Ich arbeitete in der Nacht noch einmal die ganze 37 gedruckte Foliosseiten starke Denkschrift des Admiralsstabes durch und schrieb ein ausführliches Telegramm an den Kanzler.“ Darin sprach Helfferich nochmals schwerste Bedenken gegen die Absicht der D. S. L. und der Marine aus, widerlegte die Berechnungen der Marine ausführlich und warnte. Die Amerikaner würden in jeder Beziehung gewaltige Anstrengungen machen. Er meinte dabei: „So paradox es klingt, ist also die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg gegenüber dem U-Bootkrieg in seiner Endwirkung spiegelbildlich die englische Verfor-

gung mit Brotgetreide nicht verschlechtert, sondern verbessert.“ Am 10. Januar kam der Kanzler aus Belgien zurück. „Der Rufstich ist überschrien.“ — „Ich war durch diese Mitteilung auf das Schwerste erschüttert.“

Helfferich wollte zurücktreten, blieb aber doch, gleich wie Bethmann. Kurz darauf bemies Herr Helfferich dem Hauptauschuß des Reichstags die Vortrefflichkeit des Beschlusses, den rücksichtslosen U-Bootkrieg nun zu eröffnen! Und heute ist Herr Helfferich der Vorkämpfer der Wichtigkeit dieser verhängnisvollen Politik. Heute auch erklärt er die Wilsonsche Botenschaft vom 22. Januar für eine tolle Zumutung. In seinem Buche aber lesen wir: „Das waren Gedanken von einer großen Konzeption und hohem intellektuellem Flug.“ Heute nennt er Wilson einen Betrüger. „Über den Vermittlungsvorschlag Wilsons vom 28. Januar schreibt aber Helfferich selbst: Es schien noch einmal, in allerleibster Stunde, als wolle und könne Herr Wilson einen Ausweg finden.“ Aber es war zu spät.

Vielleicht gelangt es dem Untersuchungsausschuß, Herrn Helfferich von ebendem zum Zeugnis zu bewegen, nachdem Herr Helfferich von heute seine parteipolitische Verteidigungsrede abfolviert hat.

## Politische Neuigkeiten.

### Die französischen Kammerwahlen.

\* Aus Paris berichtet die L.-L.: Gestern Abend 10 Uhr ist folgendes Ergebnis bekannt geworden: Die neue Kammer wird aus 626 Mitgliedern bestehen. Nach den bisher amtlich festgestellten Ergebnissen sind aus den 480 Wahlkreisen von den gewählten 481 Mitgliedern 292 neu und 189 Mitglieder wiedergewählt worden. Die gesamten Ergebnisse sind folgende:

Unionistische Sozialisten: wiedergewählt 26 (22), zusammen 48; zerplitterte Sozialisten: neu gewählt 7; radikale Sozialisten: neu gewählt 35, wiedergewählt 32, zusammen 67; republikanische Sozialisten: wiedergewählt 13, neu gewählt 6, zusammen 19; Radikale: wiedergewählt 15, neu gewählt 26, zusammen 41; Linksrepublikaner: wiedergewählt 45, neu gewählt 59, zusammen 104; republikanische Progressisten: wiedergewählt 30, neu gewählt 71, zusammen 101; Mitglieder der „Action Libérale“: wiedergewählt 14, neu gewählt 52, zusammen 66; Konservative: wiedergewählt 11, neu gewählt 17, zusammen 28.

Der Berichterstatter des „Telegraaf“ erhält noch die nachstehenden Gewinn- und Verlustlisten: Linksrepublikaner Gewinn 42 (15), Radikale 18 (22), Radikale Sozialisten 9 (77), Republ. Soz. 6 (15), Unionistische Soz. 7 (42), Republ. Progressisten 683 (5), „Action Lib.“ 43 (4), Konservative 10 (10), Zerplitterte Soz. 7 (9). (Die Verlustlisten sind in Klammern beigelegt.)

Der Wahlsieg Clemenceaus ist, so wird unter dem geistigen Datum aus Genf gemeldet, nach den letzten Nachrichten vollständig. Das Ergebnis ist eine reaktionäre nationale Kammer und eine schwere Niederlage des Sozialismus. Selbst wenn die Sozialisten in ihrer früheren Stärke von 110 Mann wiederkehren sollten, was unwahrscheinlich ist, werden sie sich einem reaktionären Block von 400 gegenübersehen.

## Kleine Nachrichten.

\* Ein Nachspiel zu den Hindenburgdemonstrationen. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei Charlottenburgs, in welcher Reichswehrminister Roste seine Stellung zu den letzten Vorgängen begründen sollte, erklärte an Stelle des nach Mecklenburg gefahrenen Ministers, dessen persönlicher Adjutant Rausch u. a.: Der Ansturm Hindenburgs sei eine Besprechung zwischen Reinhardt und General von Rüttow vorangegangen. Dabei habe Oberst Reinhardt gesagt, man könne doch ganz gut den Generalstab nach Hindenburg eine besondere Ehre zu erweisen. Als General von Rüttow nichts dagegen einzuwenden hatte, leitete Oberst Reinhardt hieron das Recht ab, eine Ehrenkompanie aufzustellen. Der Reichswehrminister habe bereits eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet und es werde eine Bestrafung stattfinden. Man dürfe hierbei nicht vergessen, daß ein Teil der Schuld

aus acht und der Bezeichnung entsprechend erschien dagegen der Beduinentanz.

Der Abend war jedenfalls, als Ganzes betrachtet, außerordentlich genutzlich. C. A. m. d.

## Büchertisch.

Robert Wilbrandt, Sozialismus. (Umfang 22 Bogen, brosch. 15 M.) Eugen Diederichs, Jena.) Nach unter den starken Eindrücken geschrieben, die der Verfasser in rastloser eigener Mitarbeit an der Rettung des Reiches und der Wirtschaft aus der verzweifeltsten Lage des Revolutionswinters empfunden hatte, ist dieses Buch des Rührigen Nationalökonom und Mitglieds der ehemaligen Sozialisierungskommission Prof. Dr. Robert Wilbrandt eine einzigartige Erscheinung in der politischen Literatur der Zeit. Klare und befremdende Kritik und scharfes Erfassen der Wurzeln innerpolitischer Not vereinigen sich hier mit praktischen Vorschlägen zu aufbauender Organisation sozialistischer Wirtschaft. Leidenschaftliche Liebe zum deutschen Vaterlande sieht in der Verwirklichung der als notwendig erwiebenen Wirtschaftsform des Sozialismus den Weg zu einer neuen und tieferen Einheit des Volkes. Sozialismus und Vaterlandsliebe, nicht mehr Gegensätze, sondern sich wechselseitig bedingend!

Eggert-Winberg: Ebnah Wörte. (Stredler und Schröder, Stuttgart, 2. Auflage.) Das Leben, die Persönlichkeit des Schriftstellers bildet eine wertvolle Ergänzung zu dessen Werk und hilft zum vollen Verständnis des Lesers; wenn Lyriker in ganz besonderem Maße. Bei Wörte quellen aus innerer Ruhe der Vollendung, aus Stille und Harmonie des Bewusstseins die sanften Klänge seiner zarten reinen Lieder. Inmitten fast immer unglücklicher äußerer Umstände beharrt sich der Dichter mit der stillen jähren Kraft seines aus allem Hasen und Sorgen gelösten Genies die göttliche heitere humorvolle Ruhe; wir denken an die friedliche Gelassenheit eines Hieronymus im Gehäuse; wie aus geschütteter Weltferne, mit spielenden Künstlerhänden formt er das Schwelende, zerlegt Gefaltlose, kaum Ausdrückbare zu den feinsten plastischen Gebilden. Der Genie hat sich über die Leiden des Menschen Wörte erhoben. In mitleidigen Verhältnissen, trotz unbefriedigender Schicksale, gegenüber der Unvollkommenheit der realen zeitlichen Lage ruht das vollendete Dichtergemüt, nicht kampfend und ringend, sondern lächelnd spielend, das ewige Kind, wie A. Thomas schelmisch-lachendes Menschenkind im Rachen des Ungeheuers.

den General von Rüttow treffe, der gegen den Fall an sich nicht Stellung genommen habe, und somit als Borgefester die Verantwortung trage.

\* Die Aufhebung der Leipziger Kommunizenzentrale. Die Aufhebung der Kommunizenzentrale in Leipzig erfolgte lt. B.-L.-B. im Anschluß an das erfolgte Attentat auf den Leiter der Technischen Hochschule. Drei verhaftete Kommunizierer wurden der Staatsanwaltschaft übergeben, nachdem bei ihnen schwerbelastendes Material gefunden wurde. Ein vierter, der der Mittäterschaft an dem Attentat stark verdächtig ist, wird gesucht.

\* Nationalistischer Wahlsieg in Elsaß-Lothringen. Die „Straßburger Neue Zeitung“ berichtet, daß die Nationalisten in Elsaß-Lothringen den erwarteten großen Sieg erlangt haben. Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Französisierung in Elsaß-Lothringen tatkräftiger als bisher durchzuführen und gegen die Veruche der Neutralisten, das französisch denkende Volk umzustimmen, die stärksten Maßnahmen zu ergreifen.

\* Der Eintritt der Schweiz in den Völkerbund. Wie eine Meldung besagt, hat der Nationalrat gemäß dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 124 gegen 45 Stimmen dem Eintritt in den Völkerbund zugestimmt.

\* Der Wahlsieg in Belgien. Die „Presse de Paris“ aus Brüssel meldet, ist in Belgien nach den bis gestern spät, abends vorliegenden Teilergebnissen die sozialistische Stimmenzahl stark gewachsen. Der Sieg der Sozialdemokraten ergibt sich auf Kosten der Liberalen, aber auch auf Kosten der Nationalisten. In einigen händischen Bezirken scheinen die Nationalen Erfolg gehabt zu haben.

\* Die Wahlen zur italienischen Kammer. Die bisherigen Resultate aus 1153 Wahlbezirken ergeben nach einer Meldung aus Mailand 170.817 Stimmen für die Liberale, 75.195 für die Demokraten, davon 21.668 für die Liberalen, 75.195 für die Demokraten, 449 für die Agrarier, 73.005 für die katholische Volkspartei. Der Block der Linken erhielt 52.650, die Sozialisten 75.117 Stimmen. Im übrigen lassen die Wahlergebnisse aus Oberitalien erkennen, daß die Sozialisten durchwegs gestiegen sind.

## Badische Ueberlicht.

### Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Nov. 1919.

Der Badische Landtag nahm heute seine Sitzungen wieder auf. In dem umfangreichen Eingang besaßen sich u. a. Eintragungen betr. die Beschäftigungsbeihilfe, sowie die Mandatsniederlegungen der Abg. König, Götting und Wäfer. Nach der Feststellung des Geschäftsordnungsausschusses treten in das Haus ein für Abg. Weber Odonomirat Viehauer-Kaist, für Abg. Kräuter Landwirt August Häfzig, für Abg. Venedy Frau Schloß, für Abg. König R. Freudenberg-Weinheim, für Abg. Wäfer Bürgermeister Rudolf-Dundenheim und für Abg. Götting Prof. Dr. Göttinger-Freiburg.

Abg. Ged. (Soz.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Vereinigung von Wieblingen mit Heidelberg, der einstimmig angenommen wird.

Der Druckertrag für den Landtag 1919/20 mit der A.-G. Rodenia wird genehmigt, ebenso die Abänderung der Geschäftsordnung, über die Abg. Dr. Wödner (Dem.) berichtet. Hierauf wurde die in der 1. Sitzung abgebrochene Besprechung der förmlichen Anfragen der Abg. Dr. Scholer (Ztr.), Richter (Soz.) und Hertz (Dem.) u. Genossen betr. die Regelung der badischen Obsterzeugung zu Ende geführt.

Abg. Richter (Soz.) führt die Verchiebungen von Mostobst auf die ungeeignete Festsetzung der Preise für Tafel- und Mostobst zurück.

Abg. Kästel (Ztr.) bezeichnet als Ursachen der mangelhaften Obsterzeugung trotz guter Obsternte dem zu niedrigen Mostobst- und Obstmarktpreis und die teilweise Freigabe des Hansbels. Wenn wir die Kommunalverbände nicht gehaft hätten, wäre die Hälfte der Bevölkerung bedrohung.

Abg. Spang (Ztr.) beklagt die schlechte Obsterzeugung des Bezirks Schönau und bittet um Vorlegung einer Verteilungsliste.

Abg. Vertle (Deutschnat.) Die Zwangsobstwirtschaft des Obstes habe in diesem Jahre verfaul. Es habe Enttäuschung hervorgerufen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen, aber nicht gehalten wurde.

Agert ist ein Kenner und berufener Darsteller eines Lebens. Mehrere liebevolle Beiträge zu Wörtes Verzeichnis verdanken wir ihm schon (Aushaltungsbuch, Wipfelreden, Briefsammlungen). Im vorliegenden hübsch ausgestatteten kleinen Werkchen (148 Seiten) gibt er, selbst Künstler, ein feines, fähiges Bildchen des verdienten Genies. Wertvoll in seiner sachlichen Belehrung ist das liebevolle Werkchen selbst als kleines Kunstwerk zu genießen.

Kindzeit von Paul Oskar Göder (Preis brosch. 5 M., geb. 7,50 M. Verlag Ullstein & Co., Berlin.) Paul Oskar Göder hat ein Buch der Erinnerung geschrieben. Seine in Karlshöhe verbrachten Knaben- und ersten Jünglingsjahre sind es, in die er, nachsinnend, oft mit gedämpften, oft mit herzhafem Humor den Leser einführt; und unversehens haben diese von literarischem Aufbruch freien Memoiren den Reiz des Romanes. Das Leben einer deutschen Mittelstadt zwischen 1866 und 1880 wird nach der großherzoglichen Residenz Karlsruhe, an deren Hoftheater der Vater des Dichters von Weinigen überlebte. In pietätvoller Dankbarkeit werden die Menschen, die Bilder, die in der Seele des heranwachsenden hielten blieben, vergegenwärtigt. Nicht bloß persönlich ist der Gehalt des Buches, und es ist mehr als eine Karlsruhe Lokalchronik aus den Jahrzehnten Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks. Eine schlichtere Vergangenheit erstreckt hier, ein Deutschland, dem wir entfremdet worden waren, und das wiederfinden zu dürfen, vielleicht unsere beste Hoffnung ist.

Martin Geradt, Erbarbeiter. Aufzeichnungen eines Schanzsoldaten. (E. Fischer, Verlag, Berlin. Geb. 7 M.) Geradt, dessen Erscheinen das Oberkommando in den Marken während des Krieges verhindert hat, bringt durch Erlebnisfülle und Unparteilichkeit ausgezeichnete Aufzeichnungen eines Armierungssoldaten aus Belgien und Nordfrankreich. Liebe zur Welt in allen ihren Erscheinungen, Entbehrungsreue und Wille zur Gerechtigkeit prägen den Klang dieser Aufzeichnungen.

Anna Elisabeth Wehrlich: Sogno. Das Buch der Träume. (Askanischer Verlag Berlin SW.) „Sogno“ ist der Roman eines überfeinerten Phantasten, der alle seine mühsigen Gedanken an ein stolzes und rätselvolles Weib schicken läßt — so lange, bis die heiße blutbolle Wirklichkeit dieser Natur in sein Dasein einbricht und er erkennt, daß er nicht die Kraft und Gesundheit der Seele und der Sinne hat, Erträumtes in lebendige Realität umzusetzen. Die Kunst der durch ihre Roman „Die kleine Dama“ und „Der Skorpion“ reich bekannt gewordenen Verfasserin offenbart sich in diesem Buche in intimster Stimmungsmalerei und wohlthuender Schönheit der Sprache.

## Tanzabend Sent M'ahela.

Das, was die Tänzerin Sent M'ahela (die übrigens keine Orientalin, sondern eine Mitteleuropäerin ist) vor anderen Tänzerinnen auszeichnet, das ist die künstlerische Einseitigkeit der Linie. Sie hat ihren schlanken, tadellos proportionierten Körper so trainiert, daß bei ihr eine jede Bewegung zur Offenbarung wunderwollster Harmonie wird. Kopf, Hals, Schulter, Oberkörper, Hüfte und Schenkel sind in einen so innigen, rhythmischen Kontakt zueinander gebracht, daß stets die unmittelbare Einseitigkeit der Tanzgeste erzielt wird. Nichts drängt sich in unschöner Weise hervor; keine Muskel wird aufdringlich betont. Und von der den Europäerinnen eigenen Unbeholfenheit der Hüftenpartie ist nichts zu merken.

Sent M'ahela tanzt Gedanken und Symbole, und zwar Gedanken und Symbole aus einer uns fremden Welt, der orientalischen. Soweit dies überhaupt möglich ist, hat sie sich von dem Ballast europäischer „Mentalität“ befreit und sich in die Anschauungsweise des Orients eingelebt. Wöllig ist ihr das indessen nicht gelungen. Das Gedankliche, das Heretrale tritt bei ihr zu sehr in den Vordergrund; und andererseits ist die eigentümliche Symbolik des Orients in weiteren Sinne dieses Wortes weder verstanden, noch mit den Sinnen ergriffen worden. Man müßte eine orientalische Tänzerin von Rang neben ihr tanzen sehen, um diese Unterschiede auch im einzelnen wahrnehmen zu können.

Zunehmend ist die Leistung bewundernswert. Und der Befall des dargelegten Abends galt nicht bloß dem Exotischen des Tanzes, dem fremdartigen Reiz ihrer teilweise sehr gelungenen Kostüme, sondern vor allem der hohen Kunst, die sie uns vermittelte. Diese Kunst erschöpft sich in verhältnismäßig wenig Gesten. Aber diese wenigen Gesten kommen eben, wie schon eingangs gesagt, mit einer vollendeten Sicherheit und harmonischen Schönheit heraus. Auf die Dauer verliert das Ganze natürlich an Interesse. Es fehlt eben die abwechselungsreiche, starke Gefühl in Tanzformen liegende, ursprüngliche Gestaltungskraft, die wir Europäer man einmal erwarten.

Die auf dem Programmzettel angebrachten Bemerkungen über die ethnographische Herkunft und Abstammung der Tänze dürfen übrigens nicht wörtlich genommen werden. Einer der Tänze, der als „persisch“ etikettiert war, hatte mit Persien gar nichts zu tun. Und der „Tanz der Mondgöttin“ war wiederum nicht indisch, sondern altägyptisch, soweit wir uns von den damaligen Tänzen nach den auf uns gekommenen Abbildungen überhaupt eine Vorstellung machen können. Durch-

Abg. Frhr. v. Gleichenstein (Ztr.) beantragt die Einziehung des Obstes und die Schädigung der Edelobstzüchter durch die Unterbindung der Ausfuhr nach Norddeutschland. Für Edelobst feinsten Qualitäts sei Baden nicht aufnahmefähig.

Abg. Kiefer (Ztr.): Die Zwangswirtschaft habe nur deshalb Bankrott gemacht, weil die Verordnungen nicht eingehalten wurden. Redner bringt eine Reihe von Ungeheuerlichkeiten vor und bittet um strengstes Vorgehen gegen die Schiebererei.

Abg. Fischer (D. N.): Wenn die Milch zurückgehalten werde, sei daran schuld, daß die Bauern kein Mostobst erhielten.

Abg. Engelhardt (Ztr.): Man hätte den Bauern frühzeitig sagen sollen, daß nicht alle Bestellungen auf Obst erfüllt werden können. Man hätte früher Kürzungen eintreten lassen müssen.

Abg. Amann (Ztr.): Auf dem Bodanstrüden und in der Grotte liegt viel Obst, das wohl jetzt zugrunde gegangen; man hätte es früher verwerten sollen.

Minister Memmel: Solange wir in dieser Not leben, werden wir nie alle Wünsche erfüllen können. Durch die Karlsruher Zeitung wurde bekannt gegeben, daß nicht alle Obstbestellungen erfüllt werden können und Kürzungen vorgenommen werden müssen. Es ist richtig, daß ich die Aufhebung der Zwangswirtschaft von Obst in Aussicht gestellt habe; aber im Juli und August haben sich die Verhältnisse zur Untrüge nicht entwickelt. Es ging ein Sakre durch das Land gegen die hohen Preise des Freihandels. Wir müssen die Zwangswirtschaft wieder einführen, weil wir die Preise nicht ins Angemessene wachen lassen konnten. (Abg. Spang: Wir müssen einmal durchkommen!) Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen noch eine viel schärfere Zwangswirtschaft durchführen müssen, als wir sie schon gehabt haben, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen. In den angeführten Fällen müssen wir, wie gesehen, vorgehen. Für alle Fälle kann die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden. Damit ist die Besprechung beendet. Morgen 9 Uhr: Formale Anfragen.

Karlsruhe, 20. Nov.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst eine größere Anzahl kurzer Anfragen erledigt und zwar die des Abg. Mayer (D.-Nat.) betr. die religiöse Eidesformel, des Abg. Richter (Soz.) betr. die Schweinezuchtanstalten, des Abg. Goldermann (Dem.) betr. die Ballastzuschüsse bei der Milchzufuhr und betr. die Ausfuhr von Gebrauchsgegenständen und der Abg. Fischer (Soz.) betr. die Petroleumversorgung. Die erste beantwortete Justizminister Traut, die übrigen Minister des Innern Memmel. Hierauf beriet das Haus den Antrag des Abg. Frhr. von Gleichenstein (Zentr.) betr. die Abänderung der Weinhöchstpreise dahin, daß die bestehenden Unterschiede der Lage und Traubensorten eine gebührende Berücksichtigung finden.

Abg. Frhr. von Gleichenstein (Zentr.) begründete den Antrag unter Hinweis auf die großen Unterschiede nach Lage und Sorte. Er fordert eine Regelung unter Zuziehung von Sachverständigen. Redner rügt, daß die Weinbauern die Weinländer den Jüden zum Jüden des Weines liefern sollen. Minister Memmel: Wir werden noch öfter den Kampf um die Höchstpreise erleben. Wir sind nicht das einzige Land, das Weinhöchstpreise hat. Als sie bei uns eingeführt wurden, war der badische Wein größtenteils von württembergischen Händlern aufgekauft. Wir müssen die Ausfuhr verhindern, soweit dies möglich, um dem Lande etwas zu erhalten. Das Ministerium erließ eine Verordnung, wodurch das Landespreisausschuss auf Antrag unter Anführung von Sachverständigen einen Ausgleich schaffen kann. Es habe bereits Zuschläge bis zu 40 Prozent bewilligt. Der Minister nimmt die Herren vom Landespreisausschuss in Schutz gegen den Vorwurf, daß sie kenntnislos oder leichtfertig gearbeitet haben. Er könne ein solches Urteil nicht gelten lassen. Abg. Hübel (Zentr.) gönnt den Rebauern ihren Verdienst, bittet sie aber auch auf die anderen Stände zu achten. Landwirte und Rebauern seien zur Zeit am besten daran. Darum sei er für Beibehaltung der Höchstpreise.

Abg. Hübel (Soz.) unterstützt die Ausführungen des Abg. Frhr. von Gleichenstein und bedauert, daß nicht früher abgeholfen wurde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gibt, nachdem die Abg. Göttsche (Dem.) und Hertle (D.-Nat.) gesprochen hatten, der Vertreter des Landespreisausschusses A. A. Schäfer Aufschluß, wie die Höchst- und Ankaufpreise für Wein seit 1917 auf Veranlassung der Winger und Händler eingeführt wurden. Es kam zum Widerstand gegen die Höchstpreise, die wir auf Grund der letztjährigen Preise festsetzten. Wir können die Höchstpreise nicht beibehalten, solange Preußen und Bayern nicht auf die verzichten. Die Sache wird von selbst anders, wenn die Einfuhr aus der Schweiz wieder möglich ist. Die Höchstpreise für Wein wurden auf Anraten hervorragender Weinbauersachverständiger festgesetzt. Abg. Dr. Schöfer (Zentrum) bittet durch Gewährung von Zuschlägen die Erhaltung der Wühler- und Wingergenossenschaft zu ermöglichen.

Abg. Weichmann (Soz.) stimmt der objektiven Würdigung der Verhältnisse durch den Abg. Hübel zu. Dem Abg. Hertle müsse er sagen, daß die Landwirtschaft sich im Kriege verschuldet, während die Arbeiter hungerten. Im Weinlande Baden müsse man auch dem Arbeiter ein Glaschen Wein gönnen. Wenn wir in der Landwirtschaft zu Weltmarktpreisen kommen, so kommen sie auch bei der Industrie.

Abg. Heinrich (Ztr.) hält die Anpassung an die Weltmarktpreise für eine Utopie. Sie würden uns nur zu einer Lohnbewegungsfahrt und zum Zusammenbruch führen.

Nach weiterer Besprechung erklärt Minister Memmel, daß die angeführten Fragen geprüft werden.

Der Minister wendet sich scharf gegen eine Bemerkung Hertles, daß die badische Regierung für die Bauern nur die Krute habe. Seine Politik gehe darauf hinaus, die Autorität zu untergraben. Wir hatten beim Obst den Freihandel, mußten ihn aber wieder aufheben, weil die Eisenbahner wegen der Preistreiber mit Streik drohten. Man kann deshalb nicht von der Krute für die Bauern reden. Wir bekommen noch schlimmere Zeiten! Wir leben in einer Krise infolge des Friedensausfalls. Die Londoner Börse ist nicht schuldlos dabei. Wir müssen sehen, wie wir durchkommen.

Abg. Säger (Dem.) mahnt zur Einigkeit.

Der Antrag von Gleichenstein wird angenommen. Morgen: Formale Anfragen.

### Anfragen.

BC. Die demokratische Fraktion hat im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht: „Was gedenkt die Regierung zur Erhaltung des Rentenprivilegs der Badischen Bank und zur Anpassung der Höhe ihres steuerfreien Rentenkontingents an die gesunkene Kaufkraft des Geldes, sowie zur Befreiung der Privatnotenbanken von den zwecklos gewordenen Fesseln des Konfiskationsgesetzes?“

Der demokratische Abg. Goldermann hat mit Unterstützung seiner Fraktion folgende kurze Anfrage im Landtag eingebracht: „1. Ist der Regierung bekannt, daß durch das außerordentliche Sinken des deutschen Geldes zahlreiche badische Staatsangehörige, die bei Schweizer Banken aus der Zeit vor dem Kriege in Schulden stehen, in Bedrängnis geraten? Was gedenkt die Regierung zu tun, um den schwereren wirtschaftlichen Schwüngen zu begegnen, die durch diesen Zustand entstehen?“

2. Die badischen Gemeinden an der Schweizer Grenze beziehen von jeder Milch aus der Schweiz. Mit Rücksicht darauf hat die Landesstelle die Lieferungsgemeinden dieser Gegend zur Milchlieferung an die großen Städte in Mittel- und Unterbaden zugewiesen. Die Grenzgemeinden mühten und müssen dabei infolge des Sinkens der deutschen Valuta für den Bezug der für sie nötigen Milch Kästen auf sich nehmen, die immer schwerer geworden sind und von ihnen heute nicht mehr getragen werden können. Was gedenkt die Regierung zur Befreiung dieses ganz unhaltbaren Zustandes zu tun?“

### Unvorsichtigkeit der Reisenden auf der Bahn.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Unglücksfälle infolge Aus- und Einsteigens, bevor der Zug vollständig zum Stillstand gekommen ist, häufen sich. Schwere Verletzungen und nicht selten der Tod sind die Folgen dieser Unvorsichtigkeit. Im eigenen Interesse der Reisenden ist es daher gelegen, mit dem Aus- und Einsteigen zu warten, bis der Zug vollständig zum Halten gekommen ist, und sich dazu auch nicht durch das Drängen der noch dahinterstehenden Mitreisenden verleiten zu lassen. Nicht nur ist, solange ein Zug sich in Bewegung befindet, das Öffnen der Wagentüren, das Aus- und Einsteigen sowie der Versuch und die Hilfeleistung dazu nach den Bestimmungen der Eisenbahn- und Betriebsordnung verboten und strafbar, sondern die Reisenden setzen sich durch eine derartige unüberlegte Handlungsweise auch der größten Gefahr aus. Schadensersatzansprüche aus solchen Unfällen werden von der Eisenbahnverwaltung abgelehnt. Ältere und erfahrene Reisende sollten hier durch ihr Beispiel und ihre Belehrungen auf die Mitreisenden in diesem Sinne einwirken, da auch die bestgemeinten Ermahnungen des Eisenbahnpersonals erfahrungsgemäß von den Reisenden nicht oder nur zögernd beachtet werden. Die Reisenden können nicht eintündlich genug ermahnt werden, den Warn- und Mahnrufen des Eisenbahnpersonals Folge zu leisten und im Bereiche auf der Eisenbahn allgemein die größte Vorsicht walten zu lassen.

Auf einen anderen Mißstand muß noch hingewiesen werden, der in letzter Zeit ebenfalls zu verschiedenen Unfällen Anlaß gegeben hat: Nach den Bestimmungen der Eisenbahn- und Betriebsordnung ist das Betreten der Trittbretter und Plattformen der Wagen während der Fahrt verboten. Trotzdem halten sich manche, namentlich jugendliche Reisende auf den Körperplatten auf und leisten den eindringlichen Mahnungen der Schaffner keine Folge, selbst wenn im Wagen noch hinreichend Platz vorhanden ist. Auch hier ist die größte Vorsicht geboten; es wird den Reisenden dringend anempfohlen, der Aufforderung des Personals, den Körperplatz zu räumen, nachzukommen, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben. Denn auch bei Schadensersatzansprüchen aus Anlaß des verbotswidrigen Aufstehens auf der Plattform während der Fahrt lehnt die Eisenbahnverwaltung die Haftpflicht ab.

### Warnung.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Ein gewisser Friedrich Benkert in Meinungen verbreitet über ganz Deutschland ein Schreiben, in dem er vor drohenden Vermögensverlusten infolge betrügerischer Ausbeutung durch ein internationales Verbrecher-Komplott warnt und zum Schutz seine Schrift „Entlarvung“ der Redakteurkönig von Kommoden, gegen Einfindung von 8,75 M. empfiehlt. Das Schreiben ist ein Versuch, sich auf Kosten angestrebter Menschen zu bereichern. Gegen Benkert ist Strafverfahren eingeleitet. Vor dem Auftauf des Wuchers wird gewarnt.

### Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Man schreibt uns: Durch den anhaltenden Kohlen- und Strommangel waren die Betriebe allgemein nicht mehr in der Lage, weitere Arbeitskräfte anzunehmen, so daß infolge davon die Zahl der Erwerbslosen wieder im Steigen begriffen ist. Es mühten im Gegenteil wieder Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden, wie zum Beispiel im größten Teil der Porzellan- und Wägereiindustrie, wodurch für ein paar Tage mehrere tausend Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Beschäftigung waren. Auch der Mangel an Rohmaterial macht sich teilweise bemerkbar, so daß z. B. im Kreise Konstanz einige Firmen der Textilindustrie Arbeitszeitverkürzung vornehmen mußten, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Die Holz- und Metallindustrien sind noch immer genügend mit Aufträgen versehen, dagegen hat im Baugewerbe und in der Landwirtschaft die Nachfrage nach Arbeitskräften inzwischen etwas nachgelassen. Dennoch ist die Nachfrage immer noch weit größer als das Angebot.

Nach den eingegangenen Berichten sind in Baden noch 8739 Erwerbslose vorhanden, gegenüber der Vorwoche also um 123 mehr; die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist dagegen wieder gefallen, von 3178 auf 3068.

Gewichte Arbeitskräfte sind nach wie vor: Gafner, Ofenbauer, Singschmied, Steinbauer, Steinbrecher, Elektromonteur, Kupferschmied, Gießer, Former, Kolbformer für Clubmühl, Holzschreiner, Holz- und Kellertücher, Holzdreher, Holzständer, Wagner, Holzschläger und Schwelkenbauer in größerer Zahl. Die Bekleidungsindustrie verlangt hauptsächlich Schneider für Groß- und Kleinstadt, das Baugewerbe Maurer, Zimmerleute, Glaser und Tischler, und für Wirtschaft sowie häusliche Betriebe werden immer noch dringend weibliche Arbeitskräfte gesucht.

Wegen Kohlenmangel mühten 4 große Betriebe ihre Arbeit einschränken, wobei insgesamt 165 weibliche Arbeitskräfte zur Entlassung kamen, wegen Warenmangel oder Mangel an Aufträgen geschah dasselbe bei drei weiteren Firmen, die zusammen, zum Teil nur vorübergehend, 14 Frauen und 38 Männer entlassen mußten. — Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche der Landesstelle für Baden ausbezahlt: in der Berichtswache 279 816 M., in der Vorwoche 269 451 M., und im Ganzen seit November 1918: 26 653 905 M. Für Arbeitszeitverkürzung wurden in dieser Woche 25 386 M. verausgabt. Mit Auftragsarbeiten waren in der Berichtswache 5 068 Erwerbslose beschäftigt, gegenüber 5 075 in der Vorwoche.

### Der Vorstand des badischen Städtetages

trat am 18. d. M. zu einer außerordentlichen Sitzung in Karlsruhe zusammen. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die neue Gemeindeordnung, die in grundsätzlicher Beziehung und in den Einzelbestimmungen eingehend erörtert wurde. In einer weiteren für den 1. Dezember in Aussicht genommenen Vorstandssitzung sollen die Beschlüsse endgültig gefaßt werden. Inzwischen wurde die formelle Behandlung der Angelegenheit in dem für den 9. Dezember nach Heidelberg einberufenen badischen Städtetag festgelegt. Den vom Unterausschuß des Vorlandes aufgestellten Richtlinien für ein Reichswohnungsgesetz gab der Vorstand seine Zustimmung.

Zu einer Eingabe der Badischen Bank wurde dahin Stellung genommen, daß die Beibehaltung der badischen Notenbank im dringenden Interesse auch der badischen Städte liege. Der Vorstand trat daher warm dafür ein, daß die Befugnis zur Ausgabe von Noten der Badischen Bank erhalten bleibt.

### Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

BC. Heidelberg, 18. Nov. Hier wurde ein Kongressunternehmer aus Darmen wegen Schleichhandels mit Salzwasser, Platin und Tabak verhaftet.

oc. Triberg, 18. Nov. Noch immer rollen Obsttische über die Schwarzwaldbahn. Die Obstbauern im Segau und in der Bodenseegegend haben, lt. „Triberger Post“, anscheinend viel Obst zurückgehalten, das sie jetzt herausgeben, da sie kein Verderben befürchten.

BC. Müllheim, 18. Nov. Ein Landwirt, der Wein aus der Ernte 1918 den Hektoliter statt zum Richtpreis von 402 Mark und 50 Pfennig zu 630 Mark verkauft hatte, wurde vom Schöffengericht zu 120 Mark Geldstrafe und zum Verterstage von 2174 Mark an die Staatskasse verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft Waldshut teilt folgendes mit: Im Monat Oktober 1919 wurden von der Staatsanwaltschaft Waldshut wegen Vergehens gegen die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen (Preisstreiberi, Schleichhandel, Kettenhandel, Verjüngung mit Lebensmitteln usw.) Strafbefehlsanträge bei nachgenannten Amtsgerichten in nachgenannter Höhe gestellt: Bonndorf: 43 Strafbefehle, 15 694 M. Geldstrafe, 3 Monate, 2 Wochen Gefängnisstrafe, 295,80 M. Einziehung; St. Blasien: 21 Strafbefehle, 2245 M. Geldstrafe, 7 Wochen Gefängnisstrafe, 766,75 M. Einziehung; Säckingen: 30 Strafbefehle, 7320 M. Geldstrafe; Schönbühl: 14 Strafbefehle, 3160 M. Geldstrafe, 1 Monat Gefängnisstrafe; Schopfheim: 62 Strafbefehle, 12 986 M. Geldstrafe, 7 Wochen, 3 Tage Gefängnisstrafe; Waldshut: 178 Strafbefehle, 231 745 M. Geldstrafe, 35 Monate, 18 Wochen, 51 Tage Gefängnisstrafe, 3 305,02 M. Einziehung. Summa: 346 Strafbefehle, 273 745 M. Geldstrafe, 38 Monate, 84 Wochen und 57 Tage Gefängnisstrafe, 4 357,57 Einziehung. Des weiteren wurde die Einziehung von 43 Flaschen Kirchwasser beim Amtsgericht Schopfheim, sowie: 713 Bad Stumpen, 194 Rädchen Stumpen, 4500 Zigaretten und 2600 Kiegligaretten beim Amtsgericht Waldshut beantragt.

oc. Waldshut, 18. Nov. Schmugglerprozesse sind vor dem hiesigen Schöffengericht an der Tagesordnung. In seiner letzten Sitzung beurteilte es den Kaufmann Fritz Emmenegger von hier wegen Zigaretten- und Tabaksmuggels zu 2 Monaten Gefängnis und 9000 Mark Geldstrafe. Ferner stand eine siebenköpfige Schmugglergesellschaft aus Fetsetten vor dem Gericht, die ebenfalls Tabak über die Grenze geschmuggelt und damit Handel getrieben hatten. Die Schmuggler erhielten größere Geld- u. empfindliche Gefängnisstrafen.

### Aus dem badischen Parteileben.

oc. Der Landesausschuß der deutschen Demokratischen Partei in Baden war am Dienstag nachmittag zu einer sehr zahlreich besuchten Sitzung versammelt. Der Vorsitzende der Landespartei, Minister Hummel berichtete über die derzeitige politische Lage in Baden, insbesondere über die parlamentarische Behandlung der Beschaffungszulage. Er begründete die Haltung der Fraktionsmehrheit, die bekanntlich dem Kompromiß in der Frage der Beschaffungszulage zugestimmt hatte. Die drei inzwischen ausgeschiedenen Abg. König, Muser und Wöhling hätten lediglich aus Rücksicht auf den Ernst der Finanzlage einen abweichenden Standpunkt eingenommen. Über die in der Öffentlichkeit erörterte Frage eines Rücktritts des Ministers des Auswärtigen Dietrich von seinem Ministeramt habe die Fraktion einen endgültigen Beschluß noch nicht gefaßt. In der Aussprache legte Minister Dietrich die Notwendigkeit dar, die Staatsausgaben durch Vereinfachung der Staatsverwaltung zu vermindern. Der seitherige Abg. Muser betonte, daß er nach wie vor Mitglied der Partei bleiben werde. Zu Beginn der Sitzung hatte Chefredakteur Dr. Pfeiffer Heidelberg in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat über das Betriebsrätegesetz berichtet. Die Aussprache darüber soll in einer baldmöglichst einzuberufenden Ausschusssitzung erfolgen.

### Badische Zeitungsstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

#### Zur Papiernot

schreiben die „Konstanzer Nachrichten“:

„Allenfalls ist mit der Kohlen- und Gasnot, mit der hauptsächlich die Zeitungsbetriebe zu kämpfen haben, auch noch die Papiernot eingeleitet. Viele Zeitungen können infolge Papiermangels nur noch in halbem Formate erscheinen, so im Oberbad der „Oberl. Post“, das „Oberl. Volksblatt“ in Bärnach, die „Oberrheinische Tagespost“ in Zell. Auch das „Säckinger Volksblatt“, die „Neue Waldshuter Zeitung“, die „Säckinger Zeitung“ u. a. haben sich zu Einschränkungen verhalten müssen. Wenn der Kohlen- und Gasmanget anhält, werden auch weitere Betriebe stillgelegt.“

Sehen wir auf der einen Seite die Not der Zeitungen, so bietet sich bei den Papierfabriken auf der anderen Seite das Bild der Riesengewinne.

Was eine Papierfabrik trotz Papiernot verdienen kann, geht aus einer Notiz aus der Nummer 251 der „Allgemeinen Prospekt-Zeitung“ hervor, die lautet:

60 Prozent Dividende einer Papierfabrik. So einträglich ist die Papiernot! In der Hauptversammlung der Ammerdorfer Papierfabrik in Madewil bei Halle a. S. stellte ein Aktionär den Antrag, außer den von der Verwaltung vorgeschlagenen 40 Prozent Dividende eine Sondervergütung von 200 Mark auf die Aktie, im ganzen also 60 Prozent auszusprechen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Diese Sondervergütung wird aus dem Vortrag gedeckt, der sich durch 222 547 Mark ermäßigt. Liehen sich unter Umständen die dauernd stark in die Höhe getriebenen Papierpreise nicht nicht ermäßigen? Insgesamt berechnen sich die Dividenden und Zuwendungen an die Aktionäre für die letzten 10 Jahre auf 444 Prozent, wovon 50 Prozent in Kriegsanleihe!

### Kurze Nachrichten aus Baden.

#### Brand des Theaters in Lahr.

Das Stadttheater in Lahr ist vorgestern früh niedergebrannt. Die Ursache des Feuers soll ein Kaminbrand gewesen sein. Der Schaden ist bedeutend, er wird auf etwa 100 000 M. geschätzt. Das Gebäude wurde im Jahre 1884 aus Anlaß des großen Gewerbes- und Landwirtschaftsausstellung errichtet und hatte während dieser Ausstellung als Maschinenhalle gedient. Dann wurde es als Turnhalle benützt und schließlich als Theater umgebaut.

oc. Gengenbach, 19. Nov. Wie wir feierlich berichteten, war in der Gemeinde Reichenbach von einem angeblichen Beauftragten der Offenburger Staatsanwaltschaft die Gemeindefasse mit ungefähr 5000 M. beschlagnahmt worden. Der Schwindler ist jetzt in St. Georgen in der Person eines 19-jährigen Radwirtssohns verhaftet worden.

oc. Freiburg, 19. Nov. Der Kommunalverbandsausschuss hat sich gegen die von der Regierung beabsichtigte Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Biers ausgesprochen, mit der Betonung, daß durch die Aufrechterhaltung der Bierzwangsbewirtschaftung der Schleichhandelspreis in erheblichem Maße herabgedrückt und außerdem die Versorgung der Krankenhäuser usw. gewährleistet werde.

oc. Donaueschingen, 18. Nov. Zu den Unterhaltungen des Stadtrechners Erb teilt der Gemeinderat mit, daß ihm von den früheren Unregelmäßigkeiten des Erb bei der städtischen Hofkammer nichts bekannt gewesen sei. Die Geliebte des Erb ist in Freiburg verhaftet worden. Man fand bei ihr Wertgegenstände in Höhe von 25 000 M. und 600 M. bar vor. Die Erbschaft des Erb, dessen Vater erst jüngst verstorben ist, wurde von der Stadtgemeinde mit Beschlag belegt.

BC. Heiligensell, 19. Nov. Zum Bürgermeister unserer Gemeinde wurde Landwirt und Gemeinderat Josef Kopp gewählt.

BC. Steinach i. N., 19. Nov. Die „Lahrer Zeitung“ berichtet von einem schweren Unfall, der sich am Samstag hier ereignete. Ein Ausfuhrer hiesiger Bürger beauftragte das Verladen von zur Ablieferung am hiesigen Bahnhof kommenden Vieh. Während dessen rollten einige von der Maschine abgestoßene Güterwagen dabei u. stießen mit dem Viehwagen, an dem die Kommission hand zusammen. Bürgermeister Schwendemann wurde von dem Wagen erfasst und kam unter die Räder, die ihm beide Füße und den Oberkörper überführten. Schwendemann war sofort tot. Zwei andere Personen kamen bei dem Unfall ebenfalls zu Schaden.

BC. Vörsach, 18. Nov. Am Samstag ist die Straßenbahnlinie von Vörsach zur Landesgrenze mit Anschluß über Riehen nach Basel dem Verkehr übergeben worden. Das Projekt, das dadurch verwirklicht wurde, geht auf das Jahr 1905 zurück, am 4. November 1913 war der Gemeinderat von Vörsach von der Regierung ermächtigt worden, mit dem Regierungsrate von Basel-Stadt einen Vertrag über den Bau und den Betrieb der Eisenbahn abzuschließen. Für die Baukosten wurden 205 000 Mark bewilligt, für die Unterführung bei der Eisenbahn nach Weil-Leopoldshöhe 125 000 Mark; diese Beträge mußten später beträchtlich erhöht werden.

### Aus der Landeshauptstadt.

\* Staatspräsident Geiß und Finanzminister Dr. Wirth sind zur Teilnahme an wichtigen Besprechungen nach Berlin abgereist.

## Badisches Landestheater

Freitag, den 21. November 1919. Uraufführung

# Die Rauensteiner Hochzeit

Anfang 7 Uhr Erhöhte Preise

Sonntag, 22. November: Volksvorstellung. Wallenstein Lager — Die Piccolomini. (Für das allgem. Publikum Mittel-Pr.) 6 1/2 Uhr. — Sonntag, 23., nachmittags 2 1/2 Uhr: Nollapfaffen (60—2.50 M.); abends 6 1/2 Uhr: Die Rauensteiner Hochzeit (Erh. Pr.). — Montag, 24. Nov.: Zum erstenmal: Femina, ein psychopathisches Lustspiel in 3 Aufzügen von G. P. von Hofsem und J. F. Coesman, deutsch von Else Otten. (Mittel-Pr.) 7 Uhr. — Dienstag, 25. Nov.: Die Rauensteiner Hochzeit. (Erhöhte Preise.) 7 Uhr. — Mittwoch, 26. Nov.: Eine Nacht in Venedig. (Große Pr.) 7 Uhr. — Donnerstag, 27. Nov.: Femina. (Mittel-Pr.) 7 Uhr. — Freitag, 28. November: Der fliegende Holländer. Senta: Racema Prügelmann von Wien. Holländer: Hans Bahling von Mannheim. Große Pr. 7 Uhr. — Samstag, 29. Nov.: Volksvorstellung: Wallenstein's Tod. (Für das allgem. Publikum Mittel-Pr.) 6 Uhr. — Sonntag, 30. Nov.: Mignon (Erhöhte Pr.) 6 1/2 Uhr. — Montag, 1. Dez.: Neu einstudiert: Rosmersholm. (Mittel-Pr.) 7 Uhr. — Zu den Verkaufsvorstellungen gelten die Vorzugspreise. Vorrecht für Vorzugskarten am Freitag, den 21. u. Samstag, 22. Nov., Verkauf zum Kassenspreis von Montag, den 24. Nov. an.

## Für den Winterport!

# Neue topographische Karte Badens

Maßstab 1:25000  
165 Blatt in Kupferdruck  
zu je Mark 2.50

Außerdem sind eine Anzahl Karten von Ausflugsgebieten in billigen Ausgaben (Steindruck) erschienen. Auf Kartenleinen zu M. 2.50, auf Papier zu M. 1.50.

Jeder Wintersporttreibende sollte diese zuverlässige Karte bei sich führen, die allein jene genaue Kenntnis des Geländes vermittelt, die notwendig ist zu Wanderungen im winterlichen Schwarzwald.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt v. der  
**G. Braunschen Hofbuchdruckerei  
und Verlag, Karlsruhe  
in Baden**

### Rektoratswechsel an der Technischen Hochschule.

BC. In der Aula der Technischen Hochschule fand gestern Vormittag 11 Uhr die Feier der Übergabe des Rektorats der Technischen Hochschule „Friedericiana“ statt. Es waren dazu erschienen Staatspräsident Geiß, die Minister Dietrich, Hummel und Traut, der Referent für Hochschulwesen im Ministerium Geh. Rat Dr. Schwörer, General von Davans, Oberbürgermeister Dr. Zinter, Prälat D. Schmittmann und andere Vertreter von Behörden, das Professorenkollegium, Studenten der Hochschule; die hargierten Gruppen der akademischen Verbindungen umsäumten mit ihren Fahnen den Saal. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Chor des Akademischen Sängerbundes. Dann erstattete der bisherige Rektor der Hochschule Geh. Hofrat Prof. Gaudrath den Bericht über das abgelaufene Studienjahr. Er gedachte darin der aus dem Leben geschiedenen Hochschullehrer, der in den Ruhestand getretenen Professoren und der Kräfte, die 25 Jahre lang dem Dozentenkollegium der Anstalt angehört. Außer den Ehrenpromotionen wurden, wie der Redner ausführte, an acht Kandidaten die Doktorwürde verliehen. Die Einrichtung des Zwischensemesters hat sich nicht bewährt und die Lehrer und die Studierenden waren mit diesem Ergebnis nicht zufrieden. Die Frequenz der Hochschule hat sich rasch gehoben, sie betrug im Wintersemester 1918/19 864 Studierende, im Zwischensemester 733, im Sommersemester 1919 1205, jetzt 1524 Studierende und 158 Hospitanten. Der Hochschule wurde eine neue Verfassung geben, die von der Regierung genehmigt wurde. Darin haben die Studierenden das Recht erhalten, zwei Vertreter mit beratender Stimme in die Leitung der Hochschule zu entsenden. Die Grundzüge der Verfassung, die Selbstverwaltung der Hochschule, muß immer gewahrt, das Vorschlagsrecht der Professoren muß der Hochschule erhalten bleiben. Ein akademisches Wohnungsamt wurde gegründet und eine Studentenheizung eingeführt. Für die Klasse academia soll ein eigenes Heim errichtet werden. Lebhaften Anteil nimmt die Hochschule an dem Volkshochschulwesen. Am 7. September wurde die Hochschulvereinigung zur Unterstützung der Forschungsarbeiten gegründet, die über ein Vermögen von 865 000 M. verfügt. Für wissenschaftliche Zwecke wurde von ihr bereits der Betrag von 18 000 M. ausgegeben. Auch sonst haben sich hochbegabte Männer gefunden, die durch wertvolle Schenkungen von Maschinen und anderem die Hochschule gefördert haben. So hat der Verein der Gas- und Wasserfachmänner die Summe von 300 000 M. gestiftet für die Errichtung eines Lehrstuhles. Die Studentenschaft hat sich mit Fleiß an die Arbeit begeben, das Verhältnis zwischen Senat und Studentenschaft war gut. Der neue Rektor, Geh. Hofrat Dr. Fausch, hielt darauf seine Antrittsrede über das Entwicklungsgesetz. Der Gesang des Liedes „Und hört Du das mächtige Ringen“, vorgelesen vom Akademischen Sängerbund, schloß die Feier.

\* Die Volkshochschulkurse haben jetzt wieder begonnen.

## Staatsanzeiger.

**Aufforderung zum Austritt aus russischen Diensten betr.**  
Badische Staatsangehörige, welche den Truppen in der baltischen Provinz angehören und in russische Dienste übergetreten sind, werden gemäß § 28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes aufgefordert, sofort aus den russischen Diensten auszutreten.

Wer dieser Aufforderung keine Folge leistet, wird seiner Staatsangehörigkeit verlustig erklärt werden.

Karlsruhe, den 17. November 1919.  
Ministerium des Innern.  
K e m m e l e.

**Die Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft betr.**

Die nachstehende Verordnung vom 28. Oktober 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1833), betreffend Abänderung der Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 18. März 1919, (Reichs-Gesetzblatt Seite 310) wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 12. November 1919.  
Badisches Arbeitsministerium.  
R i d e r t

„Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 28. April 1919, (Reichs-Gesetzblatt Seite 438) verordnet was folgt:

### Artikel 1.

Die Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 18. März 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 310) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 3 wird als Absatz 2 zugefügt: „Ausnahmen können die Demobilisationskommissare aus Gründen des öffentlichen Wohles für die Arbeitsstätten ihrer Bezirke bewilligen.“  
2. Im § 4 erhalten die Buchstaben a und b folgende Fassung:

- a. freie Fahrt in den Beschäftigungsort sowie eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten, einschließlich der Kosten der Beförderung des Unzugsguts;
- b. auch die im Haushalt des Arbeitnehmers lebenden Familienangehörigen, die zwecks Weiterführung des Haushalts in den Beschäftigungsort mitreisen oder nachfolgen, erhalten freie Fahrt und angemessene Beihilfe zu den Reisekosten einschließlich der Kosten der Beförderung des Unzugsguts, wenn der Gemeinde des letzten Wohnortes der Nachweis erbracht wird, daß die Unterkunft in dem Beschäftigungsort gesichert ist.“

### Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Oktober 1919.  
Der Reichsarbeitsminister  
gez. S c h l i e d e.

# Dauerwäsche

in erstklass. Qualität mit Leineneinlagen nur zu haben beim  
Spezialhaus für Dauerwäsche und Herren-Modeartikel

Andreas Weing jr.  
Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 40 neben dem Elefant. — Telefon 1520.  
en gros. — Versand auch nach auswärts. — en détail.

Spezialität:  
Aufzüge  
Krane  
Laufkatzen  
Flaschenzüge  
Winden

Süddeutsche  
Aufzug- u. Kranbauanstalt  
Göppingen

## Vergrößerungen

in erstklassiger Ausführung auch nach schlechten Vorlagen, liefern

# Samson & Co.,

Atelier für moderne Photographie und Vergrößerungs-Anstalt.  
Kaiserpassage 7 Ruf 547

Schnellste Lieferung.

# Bruchleidende

Eine Erlösung von dauernder Qual, ist das berühmte

# Spranzband

(Deutsches Reichspatent)

kein Gummiband, ohne Federn und ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig.

Mein Vertreter ist am Freitag, den 21. Nov. mit Mustern in Karlsruhe antwefend und für alle Bruchleidende im Hotel „Lutz“, Kriegstr. 94, von vorm. 10 Uhr bis nachm. 5 Uhr zu sprechen.

Der Erfinder und Hersteller  
**Hermann Spranz, Unterkochen.**

## GALERIE MOOS

KARLSRUHE/B  
Kaiserstr. 187<sup>1</sup>

November 1919:  
Ausstellung  
der Vereinigung  
bild. Künstler  
Mannheim.

GEÖFFNET: 10—6 Uhr  
SONNTAGS: 11—1 Uhr.

## Schmuckfächer

aller Art und

## Pfandscheine

werden stets angekauft in

## Weintraub

An- und Verkaufsgeschäft  
Kronenstr. 52. Tel. 3747

Für meine Leihanstalt

## suche ich

Flügel und Pianinos

zu kaufen

und erbitte Angebote.

Ludwig Schweigut

Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

## Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

O. 966.21 Karlsruhe.

Die Firma Jakob Faude

Sohn, Inhaberin Frau

Jakob Faude Witwe in

Fittlingen, Prozeßvoll-

mächtiger Rechtsanwalt

Dr. L. Weill in Karlsruhe,

klagt gegen die ledige

Elfa Schmidt, früher

zu Karlsruhe-Mühlburg,

jetzt an unbekanntem

Ort, aus unerlaubter

Handlung vom Jahr 1919,

mit dem Antrage auf

gegen Sicherheitsleistung —

aus vom Klageaufstellungs- tage an und zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen des vorangegangenen Streitverfahrens. Die Klägerin ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Zivilkammer des badischen Landgerichts in Karlsruhe auf Mittwoch, den 21. Januar 1920, vorm. 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gericht zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, 11. Nov. 1919.

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts B. R. IV.

zu Langenbrunn.

R. 15.21 Mannheim.

Auf Antrag der Frau

Hermine Reichenberg Wit-

we in Gildesheim, Butter-

born 10, vertreten durch

Rechtsanwalt Dr. Berg in

Gildesheim, wird der

Stadtgemeinde Mannheim

verboden, an den Inhaber

des nachbezeichneten

Wertpapiers eine Lei-

stung zu bewirken, insbe-

sondere neue Zins-, Ren-

ten- oder Gewinnanteils-

scheine oder einen Er-

neuerungsschein auszuge-

ben: 3000 M. 4% Mann-

heimer Stadlanleihe von

1913 Buchstabe B Nr. 1703

= 1/2000, Buchstabe C

Nr. 2898 = 1/1000.

Mannheim, 11. Nov. 1919.

Amtsgericht B 9.

## Verl. Bekanntmachungen

Die Stelle einer

## Schreibgehilfin

bei dem Gräflich Douglas-

schen Rentamt Langen-

stein, Amt Ströda, ist als-

halb wieder zu besetzen.

Sandwichartige Besuche

mit Lebenslauf sind un-

berücksichtigt eingereicht.

In stenographie und Ma-

schinenschriften nur durch-

aus gewandte, möglichst

im Kanzleibetrieb schon er-

fahrenere Kräfte wollen sich

melden. S. 210.2 1

Er- und Maurerarbeiten

zur Herstellung eines

Eisenbahndammes und

zur Ausführung der

Verlängerung der gewölb-

ten Begleitführung im

Profil 1+03 der Güter-

bahn Mannheim Rangier-

bahnhof. Lampertheim

Karlsruhe, 19. Nov. 1919.

Generaldirektion der

Staatsbahnen.